

# Auswertung

## Fragebögen zu den EU-Wahlen 2024

Antwortmöglichkeiten: Ja / Nein / Keine Position / Nicht anwendbar / keine Antwort

1. Befürwortet Ihre Partei einen gleichen Mehrwertsteuersatz für pflanzliche und tierische Lebensmittel (z. B. pflanzliche Milchalternativen und Milch oder pflanzliche und tierische Burger)?

**ÖVP:** „Empfehlungen der Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) sollen Milchprodukte täglich konsumiert werden. Tierische Produkte, die als Grundnahrungsmittel gelten, unterliegen daher unserer Ansicht nach zurecht einem niedrigeren Mehrwertsteuersatz als künstlich hergestellte Alternativen.“

**SPÖ:** „Die SPÖ fordert im Zusammenhang die steuerliche Gleichbehandlung von Milch und pflanzlichen Milchersatzgetränken und hat dahingehend parlamentarische Initiativen gesetzt. Über diesen Teilbereich hinausgehende Positionierung für die gänzliche Gleichstellung für pflanzliche und tierische Lebensmittel muss noch eingehend abgewogen werden.“

**FPÖ:** keine Erläuterung

**GRÜNE:** „Hier geht es um eine Angleichung auf den ermäßigten Steuersatz. Umweltfreundlich(er) hergestellte Lebensmittel dürfen nicht schlechter gestellt sein.“

**NEOS:** „In Hinblick auf sich ändernde gesellschaftliche Ernährungsgewohnheiten und einem in der Mitte der Gesellschaft angekommenen Verständnis für klimafreundliche, ressourcenschonende Ernährung, ist eine Änderung des Steuersatzes für vegane Milchersatzprodukte längst überfällig. NEOS haben hierzu auch bereits einen Antrag eingebracht.“

**KPÖ Plus:** keine Erläuterung

**DNA:** keine Antwort

2. Befürwortet Ihre Partei einen niedrigeren Mehrwertsteuersatz für pflanzliche als für tierische Lebensmittel?

**ÖVP:** „Tierische Produkte, die als Grundnahrungsmittel gelten, unterliegen unserer Ansicht nach zurecht einem niedrigeren Mehrwertsteuersatz als künstlich hergestellte Alternativen.“

**SPÖ:** „Verweis auf schriftliche Darlegungen der 1. Frage.“

**FPÖ:** keine Erläuterung

**GRÜNE:** „Das Gute günstig, die Kosten transparent: Die Kosten der schlechten Ernährung – Krankheiten und ihre Behandlung, Klimaerhitzung, Artensterben – zahlen wir derzeit alle. Das, was uns gesund hält, was die Biodiversität und das Klima schützt und das Wohlergehen der Tiere achtet, soll das günstigere sein. Es müssen daher Anreize für eine gesunde, ökologische Ernährung geschaffen werden - umweltfreundlich hergestellte Lebensmittel dürfen jedenfalls nicht gegenüber anderen Produkten schlechter gestellt sein (-> Frage 1).

Die Unterscheidung in der Fragestellung ist aber schlicht zu grob, da es auch große Unterschiede in den Herstellungs- und Haltungsbedingungen innerhalb der tierischen - als auch der pflanzlichen - Lebensmittel gibt. Daher muss bei der Anreizsetzung weiter gedacht werden, denn die Umsatzsteuer ist nur ein geringer Bestandteil des Preises. Kostenwahrheit hinsichtlich Emissionen in der Produktion etwa kann hier bessere und gerechtere Anreize setzen als eine pauschale Senkung der Umsatzsteuer. Über die Preissignale hinaus ist die Ermöglichung einer wissensbasierten Entscheidung für die Konsument:innen entscheidend, die nur mittels eines Gesamtkonzepts erreicht werden kann, das zum Beispiel auch eine bessere Kennzeichnung von Lebensmitteln zur Erhöhung der Transparenz beinhalten sollte.“

**NEOS:** „Selbst wenn man aus ökologischen Gründen eine solche Forderung unterstützen kann, legen NEOS großen Wert auf ein einfaches und transparentes Steuersystem. Zudem müssen nationale MwSt-Sätze mit dem EU-Regelungsrahmen übereinstimmen. Aus diesen Gründen sind wir für eine Vereinheitlichung der Steuersätze, nicht für eine steuerliche Besserstellung.“

**KPÖ Plus:** keine Erläuterung

DNA: keine Antwort

### 3. Unterstützt Ihre Partei die Verlagerung der Subventionen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) weg von der Viehwirtschaft hin zu mehr pflanzlichen Produkten?

**ÖVP:** „Vorweg: Österreichs Bäuerinnen und Bauern erhalten keine Subventionen, sondern Ausgleichszahlungen. Die Ziele der GAP sind vielfältig und können hier nachgeschlagen werden: [https://agriculture.ec.europa.eu/common-agricultural-policy/cap-overview/cap-glance\\_de](https://agriculture.ec.europa.eu/common-agricultural-policy/cap-overview/cap-glance_de).

Die österreichische Lebensmittelproduktion und analog dazu die Agrarpolitik sollen sich nach den Bedürfnissen der Verbraucherinnen und Verbraucher richten. Hervorzuheben ist, dass in Österreich sowohl in der tierischen als auch in der pflanzlichen Produktion qualitativ besonders hochwertige Lebensmittel erzeugt werden, was sich auf die Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln bzw. integrierten Pflanzenschutz, eine standortangepasste Bewirtschaftung und flächendeckende Kontrollen zurückführen lässt. Je nach Standort ist die Produktion tierischer bzw. pflanzlicher Lebensmittel sinnvoller oder weniger sinnvoll. Zudem muss betont werden, dass Lebensmittel aus Österreich im europäischen und globalen Vergleich besonders klimafreundlich hergestellt werden.“

**SPÖ:** „Eine aus Sicht der SPÖ derzeit wesentliche Änderung, die Agrarfördermittel benötigt, ist die Umstellung der Ställe der Schweine- und Rinderbetriebe, um die Vollspaltenbödenhaltung zu beenden. (Wir verweisen auf die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes)“

**FPÖ:** keine Erläuterung

**GRÜNE:** „Wir setzen uns ein für eine vollständige Umorientierung der landwirtschaftlichen Förderungen: Weg von flächenbezogenen Direktzahlungen, hin zur Förderung von ökologischem Mehrwert und Arbeitskräften. Dies bedingt nicht immer automatisch eine Umorientierung von tierischer zu pflanzlicher Produktion, dort wo dies nicht der Fall ist arbeiten wir jedoch in Richtung einer Reduktion des Tierbestands und Erhöhung des Tierwohls.“

Konkret haben wir uns in der Vergangenheit etwa für folgende Punkte stark gemacht und setzen uns weiter dafür ein:

- Keine Investitionsförderungen mehr für Stallungen auf gesetzlichem Mindestniveau oder für den Produktionsausbau, sondern Förderungen ausschließlich für den Umbau von bestehenden Ställen auf ein höheres Tierschutzniveau bei maximal gleichbleibendem oder sinkendem Tierbestand.
- Umstiegsprogramme für Betriebe mit tierischer Produktion auf pflanzliche Produktion. Insbesondere für schweinehaltende Betriebe ist dies relevant, da hier große Ackerflächen vorhanden sind, die direkt für die menschliche Ernährung genutzt werden könnten.
- Förderungen für extensive Grünlandbewirtschaftung. Hier ist eine Umstellung auf pflanzliche Produktion nicht ohne Grünlandumbruch möglich, was wir aus Klimaschutzgründen nicht befürworten. Um Klimaschutz, Naturschutz und Tierschutz gleichermaßen zu fördern, fokussieren wir hier auf eine Extensivierung: geringerer Tierbesatz, Weide für alle Tiere, Fütterung mit Raufutter, geringere Milchleistung bzw. langsames Wachstum.“

**NEOS:** „Wir unterstützen eine zukunftsorientierte Agrarpolitik, welche die Fördermittel stärker an Umwelt- und Nachhaltigkeitskriterien bindet und regionale sowie pflanzliche Produktion fördert.“

**KPÖ Plus:** keine Erläuterung

**DNA:** keine Antwort

4. Unterstützt Ihre Partei eine Verlagerung der Finanzierung innerhalb von Investitions- und F&I-Programmen, um der Ausweitung der Produktion nachhaltiger pflanzlicher Produkte Vorrang zu geben?

**ÖVP:** „Wir unterstützen Forschung, unabhängig davon, ob sie im Bereich der tierischen oder pflanzlichen Produktion angewandt wird.“

**SPÖ:** „Verwiesen wird auf Frage 3.“

FPÖ: keine Erläuterung

GRÜNE: „Investition in tierische Produktion sollte nur noch dort stattfinden, wo der Tierbestand jedenfalls nicht ausgeweitet wird, und der Handlungsstandard durch die Investition deutlich erhöht wird. F&I sollte sich im tierischen Bereich ebenso auf eine Erhöhung des Tierwohls und der Tiergesundheit konzentrieren.

Hingegen sind sowohl Investitions-, Beratungs- und F&I-Förderungen im pflanzlichen Bereich deutlich auszubauen. Im pflanzlichen Bereich sind auch die Selbstversorgungsgrade bereits jetzt z.T. deutlich unter 100%, im Gegensatz zum tierischen Bereich. Im Lichte der bereits stattfindenden Ernährungsumstellung, die wir noch weiter forcieren wollen, ist daher eine deutliche Verstärkung der pflanzlichen Produktion und eine dementsprechend bessere Förderung jedenfalls wichtig.“

NEOS: „NEOS befürworten eine Umorientierung von Investitions- und Forschungsprogrammen, um die Entwicklung und Produktion nachhaltiger Produkte voranzutreiben. Im Zusammenhang mit den großen Herausforderungen im Zuge der Bekämpfung der Klimakrise ist eine stärkere Berücksichtigung pflanzlicher Produkte nötig.“

KPÖ Plus: keine Erläuterung

DNA: keine Antwort

##### 5. Unterstützt Ihre Partei eine Verlagerung der politischen Ziele innerhalb der GAP von der Wirtschafts- zur Umwelt- und Gesundheitspolitik?

ÖVP: „Für die Volkspartei gilt seit jeher der Grundsatz der Ökosozialen Marktwirtschaft mit der gleichwertigen Berücksichtigung ökologischer, sozialer und ökonomischer Aspekte. Deshalb sehen wir den Europäischen Green Deal auch als wichtiges Projekt, verwehren uns allerdings gegen praxisuntaugliche Ziele, die einerseits die Wettbewerbsfähigkeit und andererseits die Versorgungssicherheit unseres Kontinentes mit Lebensmitteln, Energie und Rohstoffen gefährden.“

SPÖ: „Die SPÖ setzt sich seit langem dafür ein, dass die Biolandwirtschaft mehr Augenmerk innerhalb der Agrarfördermittelstruktur erhält, und dass über das Umweltprogramm eine wesentliche Reduktion chemisch-synthetischer Pestizide erreicht wird. Insgesamt soll die GAP spätestens 2028+ durch konkrete ökologische, soziale und verteilungspolitische Ziele unbedingt modernisiert werden.“

FPÖ: keine Erläuterung

**GRÜNE:** „Die GAP ist essentiell für die ökologische Ernährungs- und Agrarwende. Daher müssen Umwelt- und Gesundheitsziele, ebenso wie die Absicherung bäuerlicher Arbeit, Vorrang haben. Wir plädieren daher für eine Abkehr von den Direktzahlungen je Hektar, und einer Förderung von ökologischem und allgemein gesellschaftlichem Mehrwert, sowie Arbeitskräften in der Landwirtschaft.“

**NEOS:** „NEOS treten für eine Agrarpolitik ein, die ökologische und gesundheitspolitische Ziele integriert, aber gleichzeitig auch auf eine möglichst effiziente Nutzung von Steuergeld achtet.“

**KPÖ Plus:** keine Erläuterung

**DNA:** keine Antwort

6. **Unterstützt Ihre Partei die Umsetzung von verbindlichen Zielen zur Verbesserung von Gesundheit und Umwelt in der GAP und ihren nationalen Strategieplänen? Bitte erläutern Sie, wenn Sie konkrete Ziele haben.**

**ÖVP:** „Die österreichische Agrarpolitik hat den Anspruch, mit Anreizen anstelle von Verboten zu arbeiten. Bestes Beispiel dafür ist das Agrarumweltprogramm ÖPUL, das freiwillige Mehrleistungen von bäuerlichen Betrieben für Klima, Umwelt und Biodiversität honoriert. Die Teilnehmerzahl von mehr als vier Fünfteln der österreichischen landwirtschaftlichen Betriebe bestätigt den Erfolg dieses Programmes.“

**SPÖ:** „Siehe Argumentation bezüglich Frage 5.“

**FPÖ:** „Fordern Maßnahmenpaket für die Landwirtschaft gegen die Teuerung, das unter anderem weniger EU-Bürokratie und den Erlass von Sozialversicherungs- und AMA-Marketing-Beiträgen sowie der Mehrwert- und Mineralölsteuer beinhaltet.“

**GRÜNE:** „Wir wollen jedenfalls die Green Deal Ziele wie etwa Halbierung des Einsatzes von Pestiziden und Antibiotika, und Halbierung des Nährstoffverlusts, als Wirkungsziele in der GAP verankern. Ebenso müssen sich allgemeine Klimaschutzziele und Biodiversitätsziele in der GAP wiederfinden. Die Wirksamkeit der Förderungen hinsichtlich der Erreichung solcher Wirkungsziele muss regelmäßig überprüft werden, und es muss nachgebessert werden, wenn die Zielerreichung gefährdet ist.“

**NEOS:** „NEOS unterstützen selbstverständlich verbindliche Ziele in der GAP, die Gesundheit und Umwelt verbessern, und setzen sich für konkrete Maßnahmen ein, um diese Ziele umzusetzen. Gleichzeitig muss auch gesehen werden, dass landwirtschaftlichen Einkommen beispielsweise in Österreich im europäischen Vergleich relativ gering sind. Vorgaben müssen sich daher realistisch einschätzen, was vonseiten der heimischen Bauern auch tatsächlich umgesetzt werden kann.“

KPÖ Plus: keine Erläuterung

DNA: keine Antwort

## 7. Unterstützt Ihre Partei die Entwicklung von pflanzlichen Alternativen zu Fleisch, Fisch und Milchprodukten?

ÖVP: „Pflanzliche Alternativen können dann sinnvoll sein, wenn deren Produktion nicht zulasten der Umwelt und des Klimaschutzes geht. Daher begrüßen wir etwa die Produktion von Haferdrink aus regionalem Hafer, wobei auch die Wertschöpfung im Land bleibt. Im Fokus steht die Urproduktion mit heimischen Lebensmitteln unserer bäuerlichen Familienbetriebe. Der Verzicht von Fleisch bedarf keinem Ersatzprodukt, vegetarische Ernährung ist auch durch heimisch produzierte pflanzliche Ernährung möglich. Wichtig ist, dass die Lebensmittelproduktion transparent ist. Wenn es Alternativ Produkte benötigt, dann sollten diese aus heimischen Rohstoffen hergestellt werden. Imitate beinhalten oft Zusatzstoffe und Füllstoffe ohne Nährwerte und täuschen den Konsumenten eine gesündere Alternative vor. Daher braucht es unbedingt eine klare Kennzeichnung zur Unterscheidung von Urprodukten oder Imitaten.“

SPÖ: keine Erläuterung

FPÖ: keine Erläuterung

GRÜNE: „Für eine gesunde, nachhaltige Ernährung ist ein deutlich höherer pflanzlicher Nahrungsmittelanteil als bisher dringend notwendig. Bei der Entwicklung von pflanzlichen Alternativen gilt es unserer Ansicht nach, auch weitere Gesundheitsaspekte mit einzubeziehen, wie etwa den Verarbeitungsgrad von Lebensmitteln. Größte Herausforderung ist unserer Ansicht nach die Ernährungsumstellung selbst. Wir fokussieren daher auf den Ausbau der pflanzlichen Produktion, die breite Verfügbarmachung von pflanzlichen Speisen und Produkten, Ernährungsbildung, und eine gesunde und nachhaltige Menüplanung in der öffentlichen Verpflegung.“

NEOS: „NEOS sind für die Forschung und Entwicklung von Fleisch-, Fisch- und Milchersatzprodukten, um die Produktion und den Konsum von Billigprodukten sowie Tierleid zu reduzieren. Wir wollen dabei keine Bevormundung der Konsument:innen, sondern, dass diese auf Basis einer ausreichenden Informationslage bewusste Konsumententscheidungen treffen können.“

KPÖ Plus: keine Erläuterung

DNA: keine Antwort

8. Unterstützt Ihre Partei die Umsetzung verbindlicher EU-Ziele zur Steigerung des Verbrauchs von pflanzlichem Eiweiß?

**ÖVP:** „Österreich setzt sich für eine Steigerung der Produktion von pflanzlichem Eiweiß aus Europa ein, jedoch nicht für eine verbindliche Steigerung des Verbrauchs von pflanzlichem Eiweiß. Die österreichische Eiweißstrategie wurde 2021 präsentiert, mit dem Ziel, Sojaimporte bis 2030 um 50 Prozent zu reduzieren. Auf österreichische Initiative hin hat auch die EU-Kommission bekundet, eine europäische Eiweißstrategie vorlegen zu wollen.“

**SPÖ:** keine Erläuterung

**FPÖ:** keine Erläuterung

**GRÜNE:** „Es ist unser Ziel, den Anteil an pflanzlichem Eiweiß in der menschlichen Ernährung zu steigern. Es ist aber auch klar, dass die persönliche Ernährungsweise nicht einfach verordnet werden kann oder soll. Dennoch unterstützen wir quantitative Ziele, die einen klaren Entwicklungspfad vorgeben. Diese müssen jedenfalls mit konkreten Maßnahmen versehen werden, z.B. im Bereich der Ernährungsbildung, der Landwirtschaftspolitik, der Steuerpolitik, der Lebensmittelkennzeichnung, oder im Bereich der öffentlichen Verpflegung.“

**NEOS:** „Mit dem Ausbau der pflanzlichen Eiweißproduktion werden einerseits vielfältige Verwendungsmöglichkeiten zu schaffen und wird Österreich andererseits von klimaschädlichen Sojaimporten unabhängiger. Demgemäß hat NEOS sich in der Vergangenheit auch für die rasche Fertigstellung einer österreichischen Eiweißstrategie eingesetzt. Um den Verbrauch von pflanzlichem Eiweiß zu erhöhen, sehen wir eine Bevormundung durch verbindliche Steigerungsziele jedoch nicht zielführend. Stattdessen sollten Konsument:innen alle Informationen zur Verfügung stehen, um bewusste Kaufentscheidungen zu treffen.“

**KPÖ Plus:** keine Erläuterung

**DNA:** keine Antwort

9. Unterstützt Ihre Partei die Entwicklung von Produkten, die aus Zellen oder Fermentationsprozessen gewonnen werden, um tierische Produkte zu replizieren, z. B. von kultiviertem Fleisch?

**ÖVP:** „Aufgrund der großen damit verbundenen Unsicherheiten und Bedenken hat Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig gemeinsam mit den Mitgliedstaaten Frankreich und Italien auf EU-Ebene eine breite Diskussion über dieses Thema eingefordert. 18 Mitgliedstaaten haben sich dieser Initiative angeschlossen. Zu sogenanntem kultiviertem Fleisch gibt es keine umfassenden Folgenabschätzung zu den Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit oder unsere Umwelt.“

SPÖ: keine Erläuterung

FPÖ: keine Erläuterung

GRÜNE: „Wir stehen für eine Wende in Landwirtschaft und Ernährung. Ein tiefgehender, zukunftsorientierter Umbau des Systems in all seinen Aspekten ist nötig. Denn die industrielle Massentierhaltung und der viel zu hohe Fleischkonsum bringen große Probleme für Menschen, Tiere und den Planeten.

Wir sind der Überzeugung, dass eine solche systemische Wende nicht mit Ersatzprodukten allein gelöst werden kann. Wir müssen zu einer neuen Wertschätzung tierischen Lebens kommen, und zu einer neuen Wertschätzung vielfältiger, pflanzlicher Lebensmittel und Gerichte. Ersatzprodukte tragen in sich die Gefahr, dass damit ein „weiter wie bisher, nur ein bisschen anders“ vorgegaukelt wird. Daher setzen wir in unserer Arbeit vorrangig auf die systemischen Aspekte der Ernährungswende, wie bei den anderen Fragen bereits beschrieben.

Bei Ersatzprodukten unterscheiden wir zwischen Produkten aus pflanzlichen Rohstoffen, und Fleisch aus Zellkulturen. Ersatzprodukte aus pflanzlichen Rohstoffen unterstützen wir jedenfalls aktiv.

Fleisch aus Zellkulturen soll, wie vorgesehen, im Rahmen der Novel-Food-Verordnung zugelassen werden und auf den Markt kommen, wenn es die Voraussetzungen erfüllt. Eine Notwendigkeit für einen besonderen Fokus in der politischen Arbeit (so verstehen wir „Unterstützung“ in dieser Fragestellung) sehen wir nicht, sind aber andererseits auch nicht gegen die Forschung, Entwicklung und (nach erfolgter Zulassung) Inverkehrbringung von Fleisch aus Zellkulturen.“

NEOS: „NEOS sind für die Entwicklung und Zulassung von Fleischersatzprodukten nach den Maßgaben der Novel-Food-Verordnung (Verordnung (EU)2015/2283). Selbstverständlich muss bei allen neuen Lebensmitteln die gesundheitliche Unbedenklichkeit durch die EFSA festgestellt werden, bevor diese in Verkehr gebracht werden.“

KPÖ Plus: keine Erläuterung

DNA: keine Antwort

10. Befürwortet Ihre Partei die Entwicklung eines EU-weiten pflanzenbasierten Aktionsplans und/oder Fonds, um die Produktion und den Verbrauch von pflanzlichen und alternativen Proteinen zu steigern (wie in Dänemark)?

ÖVP: „Bereits 2021 hat Österreich seine nationale Eiweißstrategie vorgelegt, um die Importe von Soja bis 2030 um 50 Prozent zu reduzieren. Rund 50 Prozent der in Österreich geernteten Sojabohnen werden bereits jetzt zu Lebensmitteln veredelt. Auf österreichische Initiative hin hat auch die EU-Kommission bekundet, eine europäische Eiweißstrategie vorlegen zu wollen.“

SPÖ: keine Erläuterung

FPÖ: keine Erläuterung

GRÜNE: keine Erläuterung

NEOS: „NEOS befürworten Strategien, die eine bessere Nutzung unserer Ressourcen zum Ziel haben. Dies würde letztlich auch dazu führen, dass der Verbrauch von alternativen und ressourceneffizienten Proteinalternativen gesteigert wird.“

KPÖ Plus: keine Erläuterung

DNA: keine Antwort

11. Befürwortet Ihre Partei die Anwendung des Verursacherprinzips auf den Agrarsektor? Zum Beispiel im Rahmen eines Systems, das mit einem Emissionshandelssystem (ETS) oder einer Kohlenstoffsteuer auf alle Treibhausgasemissionen vergleichbar ist?

ÖVP: „Bäuerinnen und Bauern emittieren Treibhausgase dort, wo es nicht anders möglich ist - die in Österreich durch die Landwirtschaft ausgestoßenen CO<sub>2</sub>-Äquivalente konnten seit 1990 um 16,7% reduziert werden. Gleichzeitig stellt die Land- und Forstwirtschaft als einziger Wirtschaftssektor aber auch die Grundlage für die Speicherung etwa von CO<sub>2</sub> bereit - durch nachhaltige Waldbewirtschaftung oder Humusaufbau.“

SPÖ: keine Erläuterung

FPÖ: keine Erläuterung

GRÜNE: „Wir stehen jedenfalls hinter einer Ausweitung des Verursacherprinzips auf die Landwirtschaft, wie in der Frage angesprochen. Die Umsetzung ist in der Landwirtschaft durchaus komplex. Wichtige Punkte die es zu beachten gilt, sind u.a. Fairness gegenüber Betrieben die besonders umweltgerechte Produktionsmethoden anwenden, eine einfache Handhabung statt umfangreicher neuer Bürokratieverpflichtungen, und eine soziale Ausgestaltung – wie dies auch beim österreichischen CO<sub>2</sub>-Preis und dem Klimabonus gelungen ist. Ziel muss jedenfalls sein, die Wahl der umwelt- und klimagerechteren Bewirtschaftung für Bäuer:innen und die Wahl der umwelt- und klimagerechteren Ernährung für Konsument:innen so einfach und attraktiv wie möglich zu machen.“

NEOS: „NEOS fordern schon seit Jahren Kostenwahrheit. Über ein Konzept der CO<sub>2</sub> Besteuerung wären letztlich auch Emissionen in der Landwirtschaft erfasst, in erster Linie über die eingesetzten fossilen Energieträger.“

KPÖ Plus: keine Erläuterung

DNA: keine Antwort

12. Erkennt Ihre Partei pflanzliche Ernährung als wesentliches Instrument zur Erreichung der Klimaziele an?

ÖVP: „Es ist wichtig, einen Blick auf Standort und Produktionsbedingungen zu werfen, so emittiert etwa die Herstellung von Rindfleisch oder Kuhmilch aus Österreich um einiges weniger an CO<sub>2</sub>-Äquivalenten als die vergleichbare Produktion in anderen EU- oder Drittländern.“

SPÖ: keine Erläuterung

FPÖ: keine Erläuterung

GRÜNE: keine Erläuterung

NEOS: „Aus Sicht von NEOS müssen zur Erreichung der Klimaziele die großen Schalthebel bewegt werden, zum Beispiel in Form einer aufkommensneutralen ökologischen Steuerreform, dem radikalen Ausbau der öffentlichen Mobilität, umfangreiche Sanierungsinitiativen, ein revolutioniertes erneuerbares Energiesystem und eine bindende CO<sub>2</sub>-Bremse. Ergänzend dazu kann auch pflanzliche Ernährung einen wichtigen Beitrag zur Reduktion von Treibhausgasemissionen leisten.“

KPÖ Plus: keine Erläuterung

DNA: keine Antwort

13. Unterstützt Ihre Partei die Festlegung verbindlicher Ziele, um den Anteil gesunder und nachhaltiger Lebensmittel am Supermarktumsatz zu erhöhen? Bitte erläutern Sie, wenn Sie konkrete Ziele haben.

ÖVP: „Wiederum gilt das Prinzip der Ökosozialen Marktwirtschaft, in welcher Ökologie, Soziales und Ökonomie gleichermaßen berücksichtigt werden: Das Angebot an Lebensmitteln im Supermarkt orientiert sich an der Nachfrage der Konsumentinnen und Konsumenten. Ziel muss eine möglichst hohe Selbstversorgung von heimischen Lebensmitteln sein. Dabei gilt es Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft so zu gestalten, dass weiterhin gesunde Qualitätslebensmittel ausreichend produziert werden können.“

SPÖ: „Es geht uns nicht um die Erhöhung des Supermarktumsatzes, jedoch werden verbindliche Ziele hinsichtlich gesunder und nachhaltiger Lebensmittel angestrebt.“

**FPÖ:** „Unsere Bauern erzeugen hochwertige und gesunde Lebensmittel und stellen die Versorgung der Bevölkerung auch in Krisenzeiten sicher. Die österreichische Landwirtschaft steht seit vielen Jahren unter Druck. Für immer mehr Betriebsschließungen sorgen die falsche EU-Agrarpolitik, die sich nur auf die industrielle landwirtschaftliche Produktion konzentriert, aber auch der Druck des Weltmarktes auf unsere heimische Landwirtschaft. Eine Wertschätzung gegenüber den Landwirten und ihren Produkten in Form eines fairen Preises, sollten wieder selbstverständlich sein. Unsere freiheitliche Landwirtschaftspolitik nimmt die Interessen unserer kleinstrukturierten, familiär geführten bäuerlichen Betriebe ernst und hat auch den politischen Willen, diese Interessen durchzusetzen.“

**GRÜNE:** „Wir unterstützen die Festlegung quantitativer Ziele, und betonen in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit der Umsetzung konkreter Maßnahmen. Diese können im Bereich der Differenzierung via Steuern und Abgaben liegen, in der Kennzeichnung von Lebensmitteln zur Erhöhung der Transparenz und Ermöglichung einer wissensbasierten Entscheidung für die Konsument:innen, oder auch in bindenden gesetzlichen Vorgaben für die Lebensmittelproduktion (sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Lebensmittelindustrie und Verarbeitung).“

**NEOS:** „NEOS setzen sich für ein aufeinander abgestimmtes Konzept der Konsument:inneninformation und Konsument:innenbildung ein, welches bereits in der Schule ansetzen muss. Dies ist angesichts der vielfältigen Herausforderungen der modernen Konsumwelt eine wesentliche Voraussetzung für ein bewusstes und nachhaltiges Konsumverhalten.“

**KPÖ Plus:** keine Erläuterung

**DNA:** keine Antwort

#### 14. Unterstützt Ihre Partei die verpflichtende Aufnahme einer täglichen, vollständig pflanzlichen Mahlzeit in allen öffentlichen Kantinen?

**ÖVP:** „Es ist nicht unser Ansinnen, die Menschen, die auf die Verpflegung in öffentlichen Kantinen angewiesen sind, zu bevormunden.“

**SPÖ:** keine Erläuterung

**FPÖ:** keine Erläuterung

**GRÜNE:** „Durch die Grüne Regierungsbeteiligung wurde in Österreich im Aktionsplan Nachhaltige Beschaffung erstmals das verpflichtende Angebot eines vegetarischen oder veganen „Klimatellers“, aus regionalen und saisonalen Zutaten und mit mindestens einer biologisch erzeugten Hauptzutat, verankert. Das war ein wichtiger erster Schritt. Das verpflichtende Angebot einer vollständig pflanzlichen Mahlzeit ist ein nächster wichtiger Schritt, für den wir uns ebenfalls einsetzen.“

**NEOS:** „NEOS unterstützen das Angebot einer pflanzlichen Mahlzeit in öffentlichen Kantinen, um Konsument:innen die Wahlmöglichkeit zwischen einer rein pflanzlichen Mahlzeit und einer Mahlzeit mit tierischen Produkten zu ermöglichen.“

**KPÖ Plus:** keine Erläuterung

**DNA:** keine Antwort

**15. Unterstützt Ihre Partei die Einführung von Milchalternativen auf pflanzlicher Basis in Schulen als Ergänzung zu den derzeitigen Milch- und Obstprogrammen?**

**ÖVP:** „Wiederum soll die Nachfrage über das Angebot entscheiden.“

**SPÖ:** keine Erläuterung

**FPÖ:** keine Erläuterung

**GRÜNE:** „Durch die Grüne Regierungsbeteiligung sind heimische pflanzliche Milchalternativen (aus Hafer und Soja) nun zumindest bei den Verkostungen und Exkursionen im Rahmen des Schulprogramms in Österreich förderfähig. Eine Förderung der pflanzlichen Milchalternativen im Rahmen des Milch- und Obstprogramms war leider aufgrund der EU-rechtlichen Regelung nicht möglich. Wir unterstützen jedenfalls die Änderung der relevanten EU-Gesetzgebung, um pflanzliche Milchalternativen ins Schulprogramm aufzunehmen.“

**NEOS:** „Ja, NEOS haben bereits im März 2023 einen Antrag an die Bundesregierung gestellt, eine pflanzliche Alternative in das Schulmilchprogramm aufzunehmen, um so auch jenen Kindern, die unter einer Laktose- und/oder Fructoseintoleranz oder -malabsorption leiden, die Teilnahme an diesem Programm zu ermöglichen.“

**KPÖ Plus:** keine Erläuterung

**DNA:** keine Antwort

**16. Ist Ihre Partei der Meinung, dass pflanzliche Alternativen zu Fleisch- und Milchprodukten informative Bezeichnungen wie „pflanzliche Wurst“ oder „Sojamilch“ verwenden dürfen?**

**ÖVP:** „Es handelt sich bei derartigen Bezeichnungen weniger um Information und vielmehr um Irreführung. Es gibt zurecht einen strengen Bezeichnungsschutz für Milch und Milchprodukte auf EU-Ebene, der klar zwischen natürlichem Lebensmittel und künstlichem Imitat unterscheiden lässt. Ein selbiger Bezeichnungsschutz wäre auch für Fleisch und Fleischprodukte wünschenswert.“

**SPÖ:** „Die SPÖ erachtet Konsumentinnen und Konsument für mündig und fähig, zwischen tierischen und alternativen, pflanzlichen Produkten unterscheiden zu können. In den Abstimmungen zur Änderung der gemeinsamen Marktorganisation der Union (GMO) haben wir uns dafür eingesetzt, dass informative Bezeichnungen wie „pflanzliche Wurst“ oder „Sojamilch“ verwenden dürfen, konnten uns mit dieser Position jedoch nicht durchsetzen.“

**FPÖ:** keine Erläuterung

**GRÜNE:** „Leider ist dies derzeit nicht der Fall, zumindest nicht für pflanzliche Milchalternativen (hier gibt das EU-Recht enge Regeln vor). Wir sind der Meinung, dass Bezeichnungen wie Sojamilch, Hafermilch, etc. keineswegs irreführend wären, und setzen uns daher für eine Änderung dieser stark einengenden Bezeichnungsvorschriften ein. Bei Fleisch- und Wurсталternativen gibt es derzeit keine ähnlich strengen Bezeichnungsregelungen. Wir werden uns jedenfalls auch gegen solche aussprechen sofern dies debattiert wird in Zukunft.“

**NEOS:** „Für NEOS liegt der Fokus auf Konsument:innenbildung und Konsument:inneninformation. Solange sichergestellt ist, dass Konsument:innen durch die Produktbezeichnung wissen, was sie kaufen, ist die Diskussion rund um die konkrete Bezeichnung im Einzelfall sekundär.“

**KPÖ Plus:** keine Erläuterung

**DNA:** keine Antwort